



UMWELTAKTIVIST:INNEN

UNTER DRUCK

AKTIONSPAKET ZUM 1. MAI 2024



EDITORIAL

Die Veränderung des Klimas ist eine ernsthafte Bedrohung für das Leben auf der Erde, so wie wir es kennen. Als wäre das nicht schlimm genug, geht mit der Klimakrise aber auch eine Menschenrechtskrise einher. Denn Wirbelstürme, Dürren, Waldbrände etc. haben immer verheerende Folgen für zentrale Menschenrechte: Das Recht auf Leben, auf Gesundheit, Wohnen, Nahrung, Bildung, gesunde Umwelt etc. sind dadurch in Gefahr. Doch immer noch nicht genug: Die, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, sind am stärksten davon betroffen. Einkommensschwache Gesellschaften, ethnische Minderheiten, indigene Völker und ganz allgemein Länder des globalen Südens leben gehäuft in Gegenden, die stark von giftigen Stoffen (oft durch den Raubbau von Ressourcen) verschmutzt sind bzw. besonders oft von Extremwetterereignissen betroffen sind. Dadurch werden viele Menschen zur Migration gezwungen.

Lesen Sie die Zusammenfassung des Berichtes "No Future without Courage" (AMR 01/7411/2023).

Auf der letzten Seite gibt es wieder Aktionen zum Mitmachen. Sammelbriefe sind dem Dokument beigefügt.

Impressum:

Amnesty International Österreich
Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte
c/o Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, A 1160 Wien
E-Mail: gewerkschafterInnen@amnesty.at
Eigene Herstellung, April 2024
Alle Bilder: © Amnesty International

STIMME GEGEN DIE KLIMAKRISE

Klimaschutz und der Schutz von Menschenrechten gehen zunehmend Hand in Hand. Die Rolle von Menschenrechtsverteidiger:innen in Zusammenhang mit der Klimakrise wird auch international anerkannt und es wurden Strukturen geschaffen, um ihr Recht auf die Verteidigung von Klima / Umwelt / Menschenrechten zu garantieren. Dennoch stehen Aktivist:innen vor großen Problemen und Hindernissen.

Amnesty International hat die Situation von Menschenrechtsverteidiger:innen in Nord und Südamerika, die sich friedlich gegen den Verlust der biologischen Vielfalt, die Verschmutzung von Luft, Land und Wasser und für den Klimaschutz einsetzen, genau untersucht. Eine zentrale Rolle dabei spielen indigene Völker: Weltweit machen indigene Völker nur 5% der Bevölkerung aus – 6,7% in Amerika – doch sie pflegen 22% der Landfläche der Erde und 80% der verbliebenen biologischen Vielfalt. Aber auch Afroamerikaner:innen, ländliche Gemeinschaften sowie Frauen und junge Menschen sind besonders aktiv. Doch Amerika ist nicht nur besonders stark von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen, Amerika gilt auch seit Jahren als die gefährlichste Weltregion für Menschenrechts- und Umweltaktivist:innen. Durch ihren Aktivismus setzen sich diese mutigen Menschen zahlreichen Risiken aus:

- Tötungen und körperliche Angriffe: 2022 wurden mindestens 177 Umweltverteidiger:innen weltweit getötet – davon fast 90% in Lateinamerika. Die Morde und Angriffe werden häufig nicht oder unzureichend strafrechtlich verfolgt.
- Rassismus und geschlechtsspezifische Diskriminierung: Mehr als die Hälfte der 2022 in Mexiko ermordeten Menschenrechtsverteidiger:innen waren Indigene. Außerdem sind die Mitbestimmungsrechte und Möglichkeiten zur Beteiligung für Indigene und auch Frauen oft eingeschränkt. Frauen werden darüber hinaus häufig auch mit sexueller Gewalt bzw. deren Androhung eingeschüchtert.
- Kriminalisierung, Verleumdungskampagnen, Überwachung: Regierungen und Wirtschaftakteur:innen nutzen rechtliche Mittel, drohen mit Klagen o.ä. um Aktivist:innen einzuschüchtern, zu kriminalisieren und um die Legitimität ihrer Anliegen zu untergraben.
- Unterdrückung von Protesten und Räumungen: Teilnehmer:innen an Protesten werden oft willkürlich verhaftet und überwacht. Proteste werden verhindert. Manchmal werden dazu auch neue Gesetze geschaffen. Auch Vertreibungen von ganzen Gemeinschaften kommen vor.

Dennoch geben einige mutige Menschen – ob einzeln oder im Kollektiv – nicht auf und setzen sich unermüdlich für den Schutz der Umwelt, des Klimas und der Menschenrechte ein, wie die Beispiele auf der nächsten Seite eindrucksvoll zeigen.

KANADA: WET'SUWET'EN KÄMPFEN FÜR DEN SCHUTZ IHRES TERRITORIUMS

Die Wet'suwet'en, ein indigenes Volk, das im Westen Kanadas beheimatet ist, versteht ihr Territorium als kollektives Eigentum, über das kollektiv entschieden wird. Seit einigen Jahren wird dieses angestammte Territorium durch den Bau einer Gaspipeline zerstört. Die 650 Kilometer lange Pipeline würde nach Fertigstellen das Land der Wet'suwet'en in zwei Hälften zerschneiden. Umweltschäden sind jetzt schon zu bemerken: Beerenfelder wurden beinahe völlig zerstört, auch ein wichtiger lachsführender Fluss wurde durch Baumaschinen beschädigt. Am meisten Sorgen bereitet den Menschen vor Ort aber das Trinkwasser – wird das durch Benzin verschmutzt, ist es nicht mehr nutzbar. Die Wet'suwet'en haben nie ihre Zustimmung zum Bau der Pipeline gegeben. Dass der Bau trotzdem vorgenommen wird, verstößt ganz klar gegen das Recht der Wet'suwet'en, gegen die kanadische Verfassung und gegen die Menschenrechtskonvention. Gegen diese Zerstörung ihres Zuhauses setzen die Wet'suwet'en zahlreiche kollektive Maßnahmen: Hütten und kulturelle Gebäude wurden ins Pipeline-Bauland gebaut und besetzt, ein Baustopp wurde beantragt und gegen die Baufirmen Räumungsklagen beantragt.

Doch der Bau wird unter Schutz der Royal Canadian Mounted Police fortgeführt, die Wet'suwet'en werden mit Razzien und Klagen schikaniert und eingeschüchtert. Aufgeben kommt für die mutigen Menschen trotzdem nicht in Frage – sie kämpfen weiter für die Unversehrtheit ihres Landes.

KOLUMBIEN: FISCHER*INNENKOLLEKTIV SCHÜTZT SUMPFGEBIET

Die Föderation der handwerklichen, ökologischen und touristischen Fischer des Departements Santander (FEDEPESAN) ist ein Zusammenschluss von rund 500 Fischerfamilien im Nordosten Kolumbiens.

Die Fischer haben sich 2019 zusammengeschlossen, um die Umwelt zu schützen. "Unsere Vereinigung ist eine Graswurzelbewegung zum Schutz unserer Ökosysteme, die durch die Aktivitäten der Unternehmen hier im Magdalena Medio bedroht sind. Unser Widerstand in diesem Gebiet ist ein Weg, die Umwelt zu schützen. Niemand kennt das Gebiet besser als wir, wir gehören hierher", sagt die Präsidentin von FEDEPESAN.

FEDEPESAN setzt sich für den Schutz der Wasserquellen in der Umgebung der Stadt Barrancabermeja ein, insbesondere des Feuchtgebiets San Silvestre, das die Stadt mit Trinkwasser versorgt. Die Feuchtgebiete werden durch in der Region tätige Unternehmen verschmutzt, die ihre Abfälle dort abladen. Im Jahr 2018 kam es zu einem Ölaustritt an einer Ölquelle, wodurch Pflanzen und Tiere schwer geschädigt wurden.

FEDEPESAN führt Aktivitäten zum Schutz der biologischen Vielfalt der Sümpfe (z.B. Überwachung der Antillen-Seekuh) durch, auch die Wasserverschmutzung wird erfasst und dokumentiert. Sie nehmen an institutionellen Gremien teil und äußern sich öffentlich zur Situation. FEDEPESAN trifft sich auch mit den örtlichen Behörden und Ecopetrol, um deren Umweltschutzverpflichtungen zu überwachen, führt die Organisation Gemeinschaftsarbeiten durch, (z.B. Abfallbeseitigung aus den Sümpfen). Notfalls organisiert FEDEPESAN auch Streiks und Proteste.

Aufgrund ihrer Arbeit wurden Vorstandsmitglieder von FEDEPESAN und deren Familien angegriffen und bedroht. Im Juli 2022 schossen zwei nicht identifizierte Angreifer auf Yuly – die Präsidentin von FEDEPESAN. Sie blieb unverletzt, wurde aber gezwungen, das Sumpfgebiet zu verlassen.

Die App von Amnesty International Österreich

Du möchtest in Echtzeit von aktuellen Neuigkeiten, Aktionen und Events von Amnesty International erfahren? Und das direkt auf deinem Smartphone? Lade dir die Amnesty Moves App herunter und werde Teil der Amnesty Community. Hier siehst du auf einen Blick, was bei Amnesty International in Österreich und international gerade aktuell ist und wo du mitmachen kannst.



AKTIONEN ZUM 1. MAI

Anlässlich des Tages der Arbeit bitten wir Sie, an den Appellaktionen teilzunehmen.

Umweltschutz in Kolumbien schützen

Am 13. Februar wurde eine Handgranate in das Haus eines Mitglieds der Menschenrechts-organisation CREDHOS geworfen. Mehrere Familienangehörige trugen Verletzungen davon. Dieser Angriff folgte auf wiederholte Drohungen im Januar und Anfang Februar gegen zivil-gesellschaftliche Organisationen, die sich in der nordkolumbianischen Region Magdalena Medio für Menschenrechte, Landrechte und den Umweltschutz einsetzen, darunter CREDHOS und FEDEPESAN. Die kolumbianischen Behörden müssen für den Schutz dieser Organisationen sorgen.



Ecuador: 14-jährige Klimaaktivistin eingeschüchtert



Die 14-jährige Klimaaktivistin Leonela Moncayo hat berichtet, dass es am 26. Februar eine Explosion vor ihrem Haus gab, die durch einen improvisierten Sprengsatz verursacht wurde. Fünf Tage zuvor hatte die Ministerin für Energie und Bergbau in der Nationalversammlung Bezug auf ihr Engagement gegen das ständige Abfackeln von Gas genommen und erklärt, Leonela Moncayo und acht weitere Mädchen seien "manipuliert worden". Leonela Moncayo, ihre Familie und weitere acht jugendliche Aktivist*innen könnten in Gefahr sein.

Israel/OPT: Alle Anklagen fallen lassen!



Am 19. Oktober 2023 nahm die israelische Polizei den Rechtsanwalt und Menschenrechts-verteidiger Ahmad Khalefa – zusammen mit zehn anderen Demonstrierenden – bei einem friedlichen Protest in seiner Heimatstadt Umm al-Fahm gewaltsam fest. Später wurde der palästinensische Israeli wegen "Anstiftung zum Terrorismus" und "Identifizierung mit einer terroristischen Vereinigung" angeklagt, weil er Parolen gegen den Krieg in Gaza skandiert hatte. Nach fast viermonatiger Haft wurde Ahmad Khalefa unter strengen Auflagen unter Hausarrest gestellt. Die letzte Anhörung fand am 8. April 2024 vor dem Amtsgericht in Haifa statt.

Russland: Kriegskritischer Lokalpolitiker muss freigelassen werden

Die russischen Behörden gefährden die Gesundheit und das Leben von Aleksei Gorinov mit seiner Behandlung in Haft und seinen Haftbedingungen. Dazu zählen die lange Einzelhaft, die unzureichende medizinische Versorgung und die Tatsache, dass er trotz seiner Erkrankung zum Schneeräumen gezwungen wird. Er wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, nur weil er sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen hat, und muss unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden.

